



»Hilfsbereitschaft riesengroß«

Flüchtlinge: OWL-SPD fordert mehr Hilfe vom Bund und scheut Streit mit der AfD nicht

Von Dietmar Kemper

Bielefeld(WB). Das nordrhein-westfälische Bauministerium geht davon aus, dass zusätzlich bis zu 200 000 neue Wohnungen im Jahr gebraucht werden, um die Flüchtlinge mit Bleibeperspektive unterzubringen.

Darauf hat gestern der SPD-Abgeordnete Jürgen Berghahn aus Blomberg hingewiesen. Generell forderten die SPD-Landtagsabgeordneten aus Ostwestfalen-Lippe bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen vom Bund ein »deutlich höheres finanzielles Engagement«. Inge Howe aus Minden rechnete vor: »Die Bundesländer haben 20 bis 25 Milliarden Euro für Flüchtlinge aufgebracht, der Bund nur drei Milliarden.« NRW gebe im laufenden Jahr vier Milliarden Euro aus, von denen knapp 1,95 Milliarden direkt an die Kommunen fließen. Im vergangenen Jahr kamen mehr als 190 000 Flüchtlinge nach Nordrhein-Westfalen. Nachdem Ostwestfalen-Lippe überproportional viele Personen zugewiesen worden sei, werde die Region im Februar und März voraussichtlich keine neuen Flüchtlinge bekommen, so die SPD. Jetzt müssten andere Regionen wie das Rheinland mehr Flüchtlinge aufnehmen. Christian Dahm aus Vlotho sagte: »22 Städte in NRW werden eine erhöhte Zuweisung bekommen.«

Das Land will in den kommenden Monaten weitere eigene Landesunterkünfte schaffen, die Vorlaufzeit für Zuweisungen von drei auf fünf Tage ausdehnen. Im laufenden Jahr sollen 60 000 Regelplätze in Landeseinrichtungen zur Verfügung stehen – 10 000 in Erstaufnahmeeinrichtungen, 30 000 in Zentralen Unterbringungseinrichtungen sowie 20 000 Plätze in landeseigenen Notunterkünften. Außerdem stellt das Land in einem Städtebausonderprogramm den Kommunen 72 Millionen Euro für die Integration von Flüchtlingen zur Verfügung.

Trotz der hohen Zahl der Flüchtlinge sei die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung weiter »riesengroß«, lobte Howe, die Sprecherin der SPD-Landtagsabgeordneten aus OWL: »Das Ehrenamt ist nach wie vor hochmotiviert.« Sie betonte: »Wenn die Menschen die Flüchtlinge kennenlernen, ist die Angst weg.« Hetzern von der AfD, die zum Beispiel Vergewaltigungen durch Flüchtlinge erfänden wie ein

Arzt in Minden, müsse man in Diskussionen entschlossen entgegentreten. Howes Parteifreundin Angela Lück aus Löhne gab sich ebenfalls kämpferisch: »Ich scheue keine Auseinandersetzung mit Menschen solcher Gesinnung. Das ist wichtig, um ihnen die Maske vom Gesicht zu reißen.«

Facebook und bewusst polarisierende TV-Talkshows hätten die Alternative für Deutschland groß gemacht, bedauerte Ernst-Wilhelm Rahe aus Hüllhorst. Und Christian Dahm bekannte, er tue sich mit dem Gedanken schwer, sich mit »Volksverhetzern« vor der Landtagswahl an einen Tisch zu setzen.